

29.10.2025

Postulat

von Hannah Locher (SP),
Moritz Bögli (AL),
Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne)
sowie 2 Mitunterzeichnenden

Der Stadtrat wird aufgefordert einen departementsübergreifenden Bericht mit Aktionsplan vorzulegen, der darlegt, wie die Stadt Menschen in Zürich wirksam vor transnationaler Repression schützt, unterstützt und in der Wahrnehmung ihrer Grundrechte stärkt. Dabei soll die Stadt die Zusammenarbeit mit betroffenen Diaspora-Gemeinschaften suchen und deren Erfahrungen und Anliegen aktiv in die Erarbeitung des Berichts einbeziehen.

Begründung:

Autoritäre Staaten greifen durch transnationale Repression (TNR) immer häufiger auch über ihre Landesgrenzen hinaus in das Leben von Menschen ein, die sie als kritisch oder oppositionell wahrnehmen. Ziel solcher Aktivitäten ist es, Kontrolle zu behalten, Einschüchterung zu erzeugen und abweichende Meinungen zu unterdrücken. Diese Handlungen verletzen zentrale Grundrechte wie die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit oder den Schutz der Privatsphäre in der Schweiz.

Nach zivilgesellschaftlichen Berichten¹ hat jüngst auch der Bundesrat² basierend auf einer Studie der Universität Basel festgehalten, dass TNR in der Schweiz vorkommt und eine reale Bedrohung für die Grundrechte darstellt. Der Bundesratsbericht zeigt, dass Behörden auf allen Ebenen sensibilisiert werden müssen, damit sie TNR erkennen, Betroffene schützen und dagegen vorgehen können. Der Bericht hält fest, dass auch die Gemeinden in der Lage sein sollen, Fälle zu erkennen und angemessen zu reagieren. Auch das Europainstitut der Universität Basel betont die Rolle der Städte und Gemeinden, denn viele betroffene Personen leben in urbanen Gebieten.³ In Städten finden Demonstrationen, Kulturveranstaltungen und politische Diskussionen statt, und Gemeinden sind oft über Verwaltung, Schulen, Sozialdienste, Integrations- oder Ombudstellen die ersten Kontaktstellen. Der Forschungsbericht hebt hervor, dass lokale Behörden Vertrauen aufbauen, Dialoge führen und Schutzstrukturen schaffen können, die für Betroffene entscheidend sind.

Die Stadt Zürich ist ein zentraler Ort der politischen Meinungsäusserung, der internationalen Begegnung und einer aktiven Zivilgesellschaft. Der verlangte Bericht soll

¹ Voices NGO, «Bundesrat verschläft effektiven Schutz für Tibeter:innen und Uigur:innen in der Schweiz», 2025, voices-ngo.ch

Während den letzten Jahren haben Organisationen aus dem Bereich Asyl und Migration, darunter die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), wiederholt auf diese Problematik hingewiesen und den Schutz Betroffener gefordert. Schweizerische Flüchtlingshilfe (2024): Türkei: Überwachung der Diaspora, Demonstrationen und «Interpol-Notices», <https://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/news-und-stories/ausspioniert-repression-schutz>.

² Situation von tibetischen und uigurischen Personen in der Schweiz, 2025. Bericht des Bundesrates vom 9. November 2020: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?AffairId=20204333>

³ Die Situation der tibetischen und uigurischen Gemeinschaften in der Schweiz: Effektive und wahrgenommene Druckausübung, 2024. Forschungsbericht zuhanden des Bundesamts für Justiz und des Staatssekretariats für Migration:

<https://europa.unibas.ch/de/aktuelles/nachrichten/nachrichtendetails/eib-studie-bundesratsbericht-und-medienecho/>

aufzeigen, wie die Stadt in ihrem Zuständigkeitsbereich handeln kann, um Menschen vor TNR zu schützen und die Wahrnehmung der Grundrechte zu stärken. Dabei sollen insbesondere Möglichkeiten zur systematischen Dokumentation von Fällen zur Sensibilisierung und Schulung von relevanten städtischen Fach- und Anlaufstellen, zur Einrichtung einer sicheren Meldestelle sowie zu schnellen Schutzmechanismen bei akuten Bedrohungen geprüft werden. Ebenso wichtig sind Massnahmen zur Unterstützung und Beratung Betroffener, der Vertrauensaufbau durch Dialoge mit Diaspora-Gemeinschaften, die Stärkung digitaler Sicherheitskompetenzen und die Förderung von Präventionsprojekten. Der Bericht soll zudem darlegen, wie Zürich sich mit anderen Städten aber auch dem Kanton koordinieren und bereits bestehende Erfahrungen und Strukturen nutzen kann.



Anna Barbara Schmid



Unterschriftenliste Mitunterzeichnende

Vorname, Name, Partei in Druckschrift:

Unterschrift:

1 Yves, Henz, Grüne

2 Anna Graff, SP

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20